

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Sozialausschusses am 29.11.2018
(10. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

| | Seite |
|--|-------|
| Öffentliche Sitzung | 4 |
| 1 Einwohnerfragestunde | 4 |
| 2 Bericht der Schuldnerberatung des SKM über das Jahr 2017 | 4 |
| 3 Vorstellung des Projektes alternatives Wohnen für alte Menschen mit Demenz in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB2/0270/2018 | 5 |
| 4 Sachstand Forum Ehrenamt Vorlage: FB2/0241/2018/1 | 6 |
| 5 Leben und Wohnen im Alter Vorlage: FB2/0269/2018 | 7 |
| 6 Meerbusch hilft - Alte Post Vorlage: FB2/0856/2018 | 7 |
| 7 Bestellung eines/einer Behindertenbeauftragten und seines Vertreters/seiner Vertreterin Vorlage: FB2/0855/2018 | 8 |
| 8 Haushalt 2019 zum Produkt 050 | 8 |
| 9 Anträge | 12 |
| 9.1 Antrag der Fraktion die Linke & Piraten vom 05.09.2018: Jahresbericht sozialer Wohnungsbau Vorlage: FB2/0233/2018 | 12 |
| 10 Anfragen | 13 |
| 10.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur aufsuchenden und beratenden Seniorenarbeit Vorlage: FB2/0124/2018 | 13 |
| 11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle | 13 |
| 12 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, den 20.02.2019 | 13 |
| 13 Verschiedenes | 13 |
| Nichtöffentliche Sitzung | 13 |
| 14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle | 13 |
| 15 Verschiedenes | 14 |

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Thomas Jung Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jörg Wartchow

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Helga Hermanns

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied Vertretung für Frau Katja Schulz

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Gerd Dieter Hünseler

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Schulz

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié

Behindertenbeauftragter

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die Mitglieder des Ausschusses, sowie die anwesenden Gäste, Herrn Beering-Katthagen und Herrn Simons von der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle des SKM Neuss, Herrn Bagusat, den Geschäftsführer der Caritas Krefeld, und die Kandidaten für die Wahl des Behindertenbeauftragten, Herrn Simons und Herrn Hansmeyer. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit dieses Ausschusses fest.

Mit Beginn der Sitzung beschließt der Ausschuss die Änderung der Tagesordnung. TOP 7 – Bestellung eines Behindertenbeauftragten und seines Vertreters wird vorgezogen auf TOP 2. Alle anderen TOPs verschieben sich um einen Punkt nach hinten.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Einwohnerfragen

2 Bericht der Schuldnerberatung des SKM über das Jahr 2017

Der neue Geschäftsführer der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle des SKM Neuss, Herr Beering-Katthagen, stellt sich dem Ausschuss vor. Er habe die Nachfolge des verstorbenen Herrn Esser angetreten.

Herr Simons, der stellvertretende Geschäftsführer des SKM Neuss, stellt sich ebenfalls dem Ausschuss vor und berichtet dann im Rahmen einer Präsentation über die Arbeit der Beratungsstelle aus den Jahren 2017 und 2018. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für den interessanten Vortrag und bittet um Fragen aus dem Ausschuss.

Ratsmitglied Bertholdt weist darauf hin, dass es immer noch Banken gäbe, die die Einrichtung eines P-Kontos ablehnten und auf die Sparkassen verwiesen. Des Weiteren bat er um Information, ob Banken ein P-Konto kündigen dürften.

Ratsherr Fliege bat um Klärung, ob es richtig sei, dass das Präventionsprojekt an der Realschule von einer Bank gesponsert würde und warum nur an dieser Schule das Projekt angeboten werde.

Ausschussmitglied Frau Niegeloh fragt nach, ob eine steigende Verschuldungsrate bei den Flüchtlingen festzustellen sei.

Ratsfrau Pricken bittet um Auskunft, ob das Projekt auch an weiteren Schulen angeboten werden könne.

Ausschussmitglied Herr Becker möchte wissen, ob die Banken Kunden mit einem P-Konto ablehnten.

Herr Simons erklärt, dass für die Banken eine Verpflichtung bestünde, ein bestehendes Konto in ein P-Konto umzuwandeln, aber sie müssten keiner Neueinrichtung eines P-Kontos zustimmen. Ihm seien aus Meerbusch keine Probleme bei der Umwandlung eines normalen Kontos in ein P-Konto bekannt. Ebenso auch keine bezüglich Kündigungen eines P-Kontos. Außerdem verweist er auf ein BGH-Urteil, das überhöhte Gebühren für ein P-Konto verbiete. Des Weiteren erklärt Herr Simons, dass mehr Präventionsarbeit an den Schulen sicherlich wünschenswert, aber mit dem vorhandenen Personal und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht zu leisten sei. Richtig sei, dass die Volksbank Meerbusch das Präventionsprojekt an der Realschule Osterath sponsere. Bezüglich der Flüchtlinge teilt Herr Simons mit, dass hier bisher keine Auffälligkeiten zu verzeichnen seien.

Herr Beering-Katthagen ergänzt hierzu, dass eine weitere Präventionsarbeit mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten sei. Außerdem seien für so ein Projekt ca. 2.500,- € erforderlich. Des Weiteren berichtet er, dass Beratungen seitens des SKM in den Flüchtlingsheimen in Neuss angeboten würden.

Ratsherr Rettig fragt nach, ob über eine Vereinfachung des Pfändungsschutzverfahrens nachgedacht würde.

Dies verneint Herr Simons und Herr Beering-Katthagen ergänzt hierzu, dass zwar Änderungs- und Vereinfachungswünsche immer wieder an die Spitzenverbände herangetragen würden, aber Veränderungen Zeit bräuchten.

Herr Simons verweist in diesem Zusammenhang darauf, wie wichtig deswegen eine umfangreiche Beratung der Betroffenen sei.

Ratsherr Fliege fragt nach, ob die anderen Schulen in Meerbusch das Präventionsprogramm nicht nachfragten. Außerdem bittet er um Klarstellung, ob die für Meerbusch geleisteten 11 Stunden der Schuldnerberatung für Leistungsbezieher aus dem Bereich des Jobcenters aus dem städtischen Zuschuss finanziert würden.

Herr Simons stellt klar, dass diese 11 Beratungsstunden aus Mitteln des Rhein-Kreises Neuss geleistet würden. Bezüglich des Angebotes zum Präventionsprogramm sei es nötig, dass erst eine Finanzierung und Leistbarkeit des Angebotes sichergestellt sei, bevor man es an anderen Schulen anböte.

Ratsherr Fliege betont, dass er es für wichtig halte, dass hierfür Gelder seitens der Stadt zur Verfügung gestellt würden und dass das Sponsoring nicht in die Hände von Banken gehöre.

Abschließend weist Ratsfrau Pricken darauf hin, dass bestimmte Vereine oder soziale bzw. caritative Organisationen, wie der Lions Club oder die Rotarier, solche Präventionsprojekte unterstützen würden.

3 Vorstellung des Projektes alternatives Wohnen für alte Menschen mit Demenz in Meerbusch-Osterath

Vorlage: FB2/0270/2018

Der Geschäftsführer der Caritas Krefeld, Herr Bagusat, stellt das alternative Wohnprojekt für alte Menschen mit Demenz in Meerbusch-Osterath vor. Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Im Anschluss an die Präsentation fragt Ratsfrau Pricken nach, ob in der Planung für das Außengelände auch ein Beschäftigungs- bzw. gestalteter Aufenthaltsbereich für die Bewohner geplant sei. Des Weiteren bittet sie um Erklärung, wie das Prozedere verlaufe, wenn der Betreuungsaufwand der Bewohner aufgrund von zunehmender Demenz steige. Abschließend hinterfragt sie, ob die Plätze in diesem Wohnprojekt auf den Überhang bei den stationären Plätzen im Heimbereich angerechnet würden.

Ratsfrau Niegeloh möchte wissen, wie viele Plätze voraussichtlich von Nicht-Meerbuschern belegt würden.

Das Ausschussmitglied Herr Rettig möchte ebenfalls wissen, ob der Verbleib in dieser Einrichtung bis zum Lebensende trotz steigender Demenz möglich sei. Im Folgenden verweist er außerdem auf die im Planungsausschuss aufgetretene Diskussion bezüglich des Konfliktes zur Grundstücksgrenze. Er fragt nach Alternativen zur jetzigen Planung der Bebauung.

In Beantwortung der Fragen führt Herr Bagusat aus, dass im Gartenbereich ein sogenannter Sinnesgarten für die Demenzkranken geplant sei. Bei einem Fortschreiten der Demenz sei es immer eine Einzelfallentscheidung des Bewohners und seiner Angehörigen, ob ein Verbleib im alternativen Wohnprojekt noch gewünscht und sinnvoll sei. Bezüglich der Belegung der Plätze gibt es keine fes-

ten Platzzahlen für Meerbuscher Bürger. Vielmehr erfolge die Belegung nach Interesse am Platz. Auf die Überhangplätze im stationären Bereich hätten die Plätze des alternativen Wohnprojektes keinen Einfluss, da es sich nicht um ein vergleichbares Angebot handele. Eine alternative Planung der Bebauung sei nicht vorgesehen.

Ratsmitglied Herr Jung begrüßt das Vorhaben, vermisse jedoch die Unterlagen aus dem Planungsausschuss. Er weist darauf hin, dass der Park zukünftig voraussichtlich nur noch diesen einen Zugang haben werde.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verweist noch einmal ausdrücklich auf das Schreiben des Rhein-Kreises Neuss, in welchem dieses alternative Wohnprojekt ausdrücklich befürwortet wird. Er unterstreicht den Zukunftsgrundsatz „Ambulant vor Stationär“. Er halte neue alternative Wohnformen immer für erstrebens- und wünschenswert.

4 Sachstand Forum Ehrenamt Vorlage: FB2/0241/2018/1

Herr Pfarrer Pahlke führt aus, dass die Arbeit des Ehrenamt-Forums, welche zurzeit mit acht Stunden wöchentlich unterhalten werde, voraussichtlich zum August 2019 eingestellt werden wird. Früher standen für diese Arbeit wöchentlich 19,5 Stunden zur Verfügung. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde jedoch der Personalkostenzuschuss seitens der Stadt Meerbusch zugunsten der Flüchtlingshilfe eingestellt. Die Diakonie zahle aktuell für die acht Stunden Personalkosten sowie Miete fast 15.000,- € im Jahr. Die Kürzung der Stunden führe zu einer Einschränkung des Beratungsangebotes. Aktuell laufen noch das Schülerpatenprojekt und die Lesepatenschaft mit den Kindergärten. Eine ausführliche Betreuung der Ehrenamtler sei nicht mehr leistbar und möglich.

Aktuell befinde sich die Diakonie in der Umgestaltung ihrer Rechtsform in eine gGmbH. Dieser Umbau werde voraussichtlich bis Sommer 2019 dauern. Herr Pfarrer Pahlke sieht in dieser Umgestaltung Vorteile, da man freier in seinen Entscheidungen sei. Die Flüchtlingshilfe solle auch nach der Umgestaltung fortgeführt werden, ein weiteres geplantes Feld sei möglicherweise auch die Schwangerschaftskonfliktberatung, da es im gesamten Rhein-Kreis Neuss keine evangelische Beratungsstelle gäbe. Die Arbeit des Ehrenamt-Forums sei unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr sinnvoll. Hier müsse eine Neuausrichtung erfolgen. Pfarrer Pahlke weist ausdrücklich darauf hin, dass der Beirat des Ehrenamt-Forums zwei Jahre nach der Gründung eingeschlafen sei. Dies sei sehr bedauerlich.

Ratsfrau Niegeloh fragt explizit nach, ob seitens der Diakonie ein Interesse daran bestehe, das Ehrenamt-Forum weiterzuführen.

Pfarrer Pahlke antwortet hierauf, dass er ohne ein neues Konzept keine Zukunft für das Ehrenamt-Forum sähe.

Frau Niegeloh hakt direkt nach, ob denn bei einer Neuerstellung eines Konzeptes der Weiterführung des Forums etwas entgegenstünde. Dies beantwortet Pfarrer Pahlke dahingehend, dass bei einem neuen Konzept die Diakonie das Ehrenamt-Forum weiterführen würde.

Das Ausschussmitglied Herr Bertholdt hält eine neue konzeptionelle Ausgestaltung für dringend erforderlich. Es sei zwingend notwendig, in dem neu zu erstellenden Konzept, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen.

Ratsfrau Pricken bittet um eine Information, wie lange die Konzepterstellung voraussichtlich dauern werde.

Pfarrer Pahlke führt hierzu aus, dass der Beirat ab Januar 2019 tagen und die Konzepterstellung bis voraussichtlich Ostern 2019 fertiggestellt sein könne.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken sagt als Vorsitzender des Beirates des Ehrenamt-Forums zu, diesen Anfang des Jahres einzuberufen. Dort solle der Versuch einer Konzepterstellung erfolgen.

5 Leben und Wohnen im Alter **Vorlage: FB2/0269/2018**

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz stellt die Beratungsvorlage vor.

Das Ausschussmitglied Herr Rettig regt an, dieselben Fragen wie bei der Befragung im Jahre 2009 zu verwenden. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Umsetzung der Ergebnisse von 2009 jedoch nicht wirklich konsequent erfolgt sei. Dies solle sich nicht wiederholen.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz bestätigt, dass der alte Fragenkatalog verwandt werden solle und führt aus, dass nicht alle Konzepte der damaligen Befragung umgesetzt werden konnten, da sich Entwicklungen im Zeitablauf anders gestaltet hätten.

6 Meerbusch hilft - Alte Post **Vorlage: FB2/0856/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, dass Meerbusch hilft e.V. für die Anmietung der gewerblichen Räume (295 qm) „Am Plöneshof 2“ als Lagerfläche, als Beratungs- und Gruppenraum und als Geschäftsstelle weiterhin einen städtischen Zuschuss von 1.000,- € mtl. Kaltmiete zuzüglich 450,- € mtl. Heiz- und Nebenkosten, insgesamt jährlich 17.400,- € erhält.

Abstimmungsergebnis:

| | | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------------|-----------|-----------|-------------|-------------------|
| CDU | 8 | | 6 | 1 |
| SPD | 3 | 3 | | |
| FDP | 2 | 2 | | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | | |
| UWG | 1 | 1 | | |
| Die Linke/Piraten | 1 | 1 | | |
| Gesamt | 17 | 9 | 6 | 1 |

Ein CDU-Ausschussmitglied ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz weist vor Eintritt in die Diskussion darauf hin, dass eine Zustimmung des Rates zu diesem Beschluss nicht erforderlich sei. Im Folgenden stellt er die Vorlage vor.

Ratsherr Bertholdt verweist auf die geänderte Nutzung der Räumlichkeiten und regt an, die Miet- und Nebenkosten in voller Höhe als Zuschuss zu gewähren und somit den Zuschuss um weitere 150,- € monatlich aufzustocken.

Ratsherr Mocka führt aus, dass sich die Fraktion Bündnis90/Die Grünen diesem Vorschlag anschließe. Gleiches gelte für die SPD-Fraktion sowie für die Linken und die Piraten-Fraktion.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung.

7 Bestellung eines/einer Behindertenbeauftragten und seines Vertreters/seiner Vertreterin Vorlage: FB2/0855/2018

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, Herrn Simons ab dem 01.01.2019 für die laufende Legislaturperiode zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten und Herrn Hansmeyer als seinen Stellvertreter für die Stadt Meerbusch zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig nach Beschlussvorschlag

Dieser TOP wird auf TOP 2 vorverlegt.

Beide Kandidaten stellen sich kurz dem Ausschuss vor. Herr Simons betont sein großes Interesse an ehrenamtlichem Engagement in diesem Bereich und Herr Hansmeyer stellt sein Interesse an der Förderung der Barrierefreiheit und Vernetzung heraus.

Ratsfrau Pricken bedankt sich ausdrücklich für die Bereitschaft der beiden Kandidaten zur Übernahme dieses Ehrenamtes.

Ratsherr Rettig regt an, dass sich beide Kandidaten um- und eingehend in die Planung der Bahnquerung in Osterath einbringen sollten.

Sowohl Herr Simons als auch Herr Hansmeyer sagen zu, sich dort einzuarbeiten, wollen aber erst nach Einsicht der Unterlagen eine Aussage treffen.

Die folgende Abstimmung erfolgt einstimmig.

8 Haushalt 2019 zum Produkt 050

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2019 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------------|-----------|-----------|----------|------------|
| CDU | 8 | 8 | | |
| SPD | 3 | | | 3 |
| FDP | 2 | | | 2 |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | | |
| UWG | 1 | | | 1 |
| Die Linke/Piraten | 1 | | 1 | |
| Gesamt: | 17 | 10 | 1 | 6 |

Im Einzelnen werden die Produkte wie folgt besprochen:

Produkt 050.311.010 – Soziale Hilfen

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt

Produkt 050.312.010 – Jobcenter

Ratsherr Rettig bittet um Erklärung der internen Leistungsbeziehungen in Bezug auf die Personalkosten, da ihm diese nicht nachvollziehbar seien.

Der Mitarbeiter der Kämmerei, Herr Volmerich, verweist hierzu auf die Seiten 48 und 49 des Haushaltes sowie auf die Beratungen und Erklärungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Ansonsten keine weiteren Fragen und Anträge zu diesem Produkt.

Produkt 050.313.010 – Hilfen für Flüchtlinge/Aussiedler

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt

Produkt 050.315.010 – Übergangsheime für Aussiedler und Asylbewerber

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt

Produkt 050.315.020 – Einrichtungen für Wohnungslose

Zu diesem Produkt liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor, zur Aufstockung des Ansatzes um 5.000,- € zur Erstellung eines Konzeptes für obdachlose Menschen. Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz führt hierzu aus, dass es Aufgabe der Kommune sei, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Die Erstellung eines Konzeptes könne auch ohne Bereitstellung der angeforderten Mittel zur zweiten Jahreshälfte 2019 seitens der Verwaltung erfolgen.

Daraufhin zieht die SPD den Antrag zurück und beauftragt die Verwaltung zur Erstellung eines Konzeptes zur zeitgemäßen Unterbringung von Obdachlosen.

Ansonsten keine weiteren Fragen und Anträge zu diesem Produkt.

Produkt 050.331.010 – Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege

Zu diesem Produkt liegt ein Antrag der SPD-Fraktion sowie von Bündnis 90/Die Grünen vor, den Ansatz um 30.000,- € für Personalkosten das Ehrenamt-Forum aufzustocken. Ratsherr Fliege erläutert den Antrag. Ausschussmitglied Frau Niegeloh verweist darauf, dass der SPD-Antrag deckungsgleich sei.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker weist darauf hin, dass der Verbrauch der kompletten 30.000,- € für Personalkosten im Jahr 2019 unwahrscheinlich sei, da, wie bereits unter Top 4 ausgeführt, ein neues Konzept für das Ehrenamt-Forum erstellt werden müsse.

Nach längerer Diskussion einigt sich der Ausschuss auf die Abänderung des Antrages dahingehend, dass der Ansatz auf 20.000,- € für 2019 mit Sperrvermerk reduziert wird.

Der Beschluss hierzu erfolgt einstimmig.

Des Weiteren gibt es einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung von drei Lotsenpunkten im Rahmen der Netzwerk- und Quartiersarbeit für Senioren. Hierfür werden für 2019 30.000,- € und für 2020 45.000,- € beantragt.

Ratsherr Fliege stellt den Antrag vor.

Ratsfrau Niegeloh sagt die Unterstützung dieses Antrages durch die SPD zu. Sie weist darauf hin, dass die aufsuchende Sozialarbeit immer wichtiger würde. Des Weiteren führt sie aus, dass viele Menschen nicht mehr an die Kirchen gebunden seien und deswegen diese Angebote der Seniorenarbeit nicht wahrnehmen würden.

Das Ausschussmitglied Frau Pricken regt an, erst die Ergebnisse abzuwarten, die die Tagung des Beirates Ehrenamt-Forum ergäbe.

Ratsfrau Niegeloh stellt innerhalb der Diskussion zu diesem Antrag die unter Top 10.1 geführte Anfrage der SPD-Fraktion vor.

Pfarrer Pahlke bestätigt, dass die Senioren immer älter würden und die Vereinsamung stetig zunähme.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker sieht eine gute Vernetzung der caritativen Dienste. Gleichzeitig verweist er auf eigene Mitarbeiter der Stadt, die im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit tätig seien. Ebenso hielten die Kirchen entsprechende Instrumente zur Betreuung Hochbetagter vor. Er regt an, die Neuausrichtung des Ehrenamt-Forums abzuwarten.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über diesen Antrag.

| | | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------------|-----------|----------|-----------|------------|
| CDU | 8 | | 8 | |
| SPD | 3 | 3 | | |
| FDP | 2 | | 2 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | | |
| UWG | 1 | | 1 | |
| Die Linke/Piraten | 1 | 1 | | |
| Gesamt: | 17 | 6 | 11 | |

Abschießend erfolgt die Beratung über den Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines „Fonds für Demokratie und gegen jegliche Art von Extremismus“. Hier werden jährliche Mittel in Höhe von 5.000,- € beantragt.

Ratsfrau Niegeloh stellt den Antrag vor.

Ratsherr Rettig weist darauf hin, dass die spontane Demonstration gegen Rechtsradikalismus in diesem Jahr auch ohne die Bereitstellung öffentlicher Mittel erfolgt sei.

Das Ausschussmitglied Herr Becker führt aus, dass die Gelder nicht unbedingt jedes Jahr verwandt werden müssten, es aber gut und sinnvoll sei, wenn Gelder im Bedarfsfalle im Haushalt eingestellt seien.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung über diesen Antrag.

| | | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------------|-----------|----------|----------|------------|
| CDU | 8 | | 8 | |
| SPD | 3 | 3 | | |
| FDP | 2 | 2 | | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | | |
| UWG | 1 | 1 | | |
| Die Linke/Piraten | 1 | 1 | | |
| Gesamt: | 17 | 9 | 8 | |

Produkt 050.351.010 – Sonstige soziale Leistungen

Hier liegt ein Antrag der Fraktion Die Linke und Piratenpartei über die Einstellung von 10.000,- € zur Beteiligung an den zusätzlichen Kosten für das Sozialticket im Bereich einer Erweiterung auf die Preisstufe B vor.

Ratsherr Becker erläutert den Antrag.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker verweist darauf, dass der größte Teil der Inhaber eines Sozialtickets beim Jobcenter angesiedelt sei. Diese unterlägen nicht der Zuständigkeit der Stadt Meerbusch. Des Weiteren erklärt er, dass im Rahmen der Leistungen nach dem SGB XII Einzelfallentscheidungen bezüglich einer zusätzlichen Kostenübernahme getroffen würden. Abschließend weist der Fachbereichsleiter auf fehlende objektive Prüfungskriterien hin, die eine Klärung des Anspruches schwierig machen würden.

Ratsherr Rettig hält die Prüfung der Notwendigkeit ebenfalls für schwierig.

Das Ausschussmitglied Herr Mocka betont, dass es sich seiner Meinung nach immer nur um Einzelfallentscheidungen handeln könne.

Ratsherr Becker unterstreicht noch einmal die seiner Meinung nach dringende Notwendigkeit dieser Unterstützungsmaßnahme. Ihm seien Beispiele bekannt, die ansonsten durch alle Raster fallen würden.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über diesen Antrag.

| | | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------------|-----------|----------|-----------|------------|
| CDU | 8 | | 8 | |
| SPD | 3 | | | 3 |
| FDP | 2 | | 2 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | | 2 |
| UWG | 1 | | 1 | |
| Die Linke/Piraten | 1 | 1 | | |
| Gesamt: | 17 | 1 | 11 | 5 |

Abschließend wird der Antrag der SPD-Fraktion zum „Wohnen mit Service“, der ohne Zuordnung zu einer Haushaltsstelle sowie ohne Angabe eines Betrages gestellt wurde, beraten.

Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag. Es gehe um Wohnformen im Alter, die seniorenrechtlich seien und Hilfestellungen für die betagten Bewohner anbieten. Dies setze bei Neu- oder Umbau einer Immobilie bestimmte Planungsparameter voraus.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken stellt klar, dass der Antrag aus dem Planungsausschuss zu diesem Thema zurückgenommen wurde, da bei der Planung der Bebauung des Kamperweges diese Parameter schon berücksichtigt würden.

Ratsmitglied Herr Bertholdt verweist darauf, dass in den angrenzenden Städten die Wohnungsbau-Gesellschaften diese Bedürfnisse der Senioren bei Neubauten schon berücksichtigten. Dies würde in Meerbusch seiner Meinung nach auch von alleine kommen.

Das Ausschussmitglied Herr Jung vertritt die Ansicht, dass es aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in Meerbusch nicht möglich sei, ein solches Angebot in jedem Ortsteil vorzuhalten.

Der Antrag wird von der SPD zurückgezogen.

Sonderhaushalt

Keine Fragen und Anträge zu diesem Haushalt. Der Sonderhaushalt wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Kostenaufstellung für die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen – Planung 2019

Ratsmitglied Frau Niegeloh fragt nach, ob bei dieser Aufstellung im Bereich Unterbringung von Flüchtlingen bereits die für 2019 erhöhte Integrationspauschale Berücksichtigung gefunden hätte.

Der Mitarbeiter der Kämmererei, Herr Volmerich, erklärte hierzu, dass diese Zuwendungen noch nicht rechtssicher beschlossen und deswegen in dieser Tabelle noch nicht abgebildet seien.

Es erfolgte die Abstimmung über den Produktbereich 050.

9 Anträge

9.1 Antrag der Fraktion die Linke & Piraten vom 05.09.2018: Jahresbericht sozialer Wohnungsbau Vorlage: FB2/0233/2018

Die Verwaltung wird beauftragt, einmal jährlich dem Ausschuss einen Bericht über den aktuellen Bestand an preisgebundenen Wohnungen zur Verfügung zu stellen, insbesondere über die aktuelle Zahl an Bewohnern/Bewerbern auf diesen Wohnraum und die daraus entstehenden Kosten aufgrund eines Minderangebotes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig nach Antrag

Ratsherr Becker stellt den Antrag vor.

Ratsmitglied Herr Rettig weist darauf hin, dass auch bei Auslaufen der Sozialbindung nicht alle Wohnungen automatisch teurer würden. Seiner Erfahrung nach würden immer nur einige Wohnungen saniert und im Preis angehoben, wogegen die meisten Wohnungen auch weiterhin kostengünstig blieben. Er wünscht genauere Informationen über die Mietpreise in Meerbusch, da es keinen Mietpiegel gäbe.

Ratsfrau Pricken weist darauf hin, dass die im Antrag gewünschten Zahlen sowohl dem Stadtentwicklungskonzept als auch dem Statistischen Jahrbuch entnommen werden könnten.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz sagt zu, Auszüge aus dem Statistischen Jahrbuch und dem Sozialbericht als Anlage zum Protokoll beizufügen.

Das Ausschussmitglied Herr Mocka führt aus, dass er einmal jährlich als Vorlage im Sozialausschuss einen Bericht wünsche, wie viele preisgebundene Wohnungen in welcher Größe zu welchem Preis in Meerbusch angeboten würden.

Es erfolgt die Abstimmung.

10 Anfragen

10.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur aufsuchenden und beratenden Seniorenarbeit Vorlage: FB2/0124/2018

Ratsfrau Niegeloh bittet, diese Anfrage mit dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Lotsenpunkten im Rahmen der Haushaltsberatung unter Top 8 zu behandeln.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Keine Beiträge

12 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, den 20.02.2019

13 Verschiedenes

Ratsherr Becker bittet um die Vorstellung des Internetauftrittes der Stadt in Bezug auf den Bereich Soziales im nächsten Sozialausschuss.

Nichtöffentliche Sitzung

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Keine Beiträge

15 Verschiedenes

Keine Beiträge

Meerbusch, den 5. Dezember 2018

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in